

343718-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Sanierung und Erweiterung Kindergarten St. Josef in Neudenu-Herbolzheim
OJ S 96/2026 20/05/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Röm.-kath. Kirchengemeinde St. Maria Mosbach-Neckarelz KdöR

E-Mail: info@vst-obrigheim.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung und Erweiterung Kindergarten St. Josef in Neudenu-Herbolzheim

Beschreibung: Der röm.-kath. Kindergarten St. Josef Herbolzheim ist derzeit eine 3-gruppige Einrichtung, die in einem gemischt genutzten Gebäude untergebracht ist. Das Gebäude wurde in den 1968 als 2-gruppiger Kindergarten mit Versammlungsräumen für Jugend- und Erwachsenengruppen errichtet und 1995 um eine weitere Gruppe (Kinderkrippe) erweitert. Das Gebäude befindet sich in einem insgesamt ertüchtigungswürdigem Zustand. Vor allem Anforderungen des Brandschutzes, sowie der insgesamt abgenutzte Zustand der Gruppenräume und Flurbereiche, Sanitäreanlagen und fehlende Sozial- und Besprechungsräume machen eine Sanierung notwendig. In diesem Zuge soll die Einrichtung um eine Gruppe erweitert werden, die als sich selbst versorgender Neubau, jedoch baulich verbunden mit dem Bestandsbau, auf dem Grundstück des Kindergartens, südlich des Bestandsbaus errichtet werden soll. Der Bestandsbau selbst soll bezüglich der Raumzuordnung und -nutzung weitgehend unverändert bleiben. Die Dacheindeckung soll ebenfalls erhalten bleiben, Wärmedämmungsmaßnahmen sollen im unterseitig des Dachs erfolgen. Die Zwischengeschossdecke soll ebenfalls gedämmt werden. Bauträger ist die röm.-kath. Kirchengemeinde St. Maria Mosbach-Neckarelz. Die Stadt Neudenu als Träger der örtlichen Jugendhilfe ist relevanter Kostenträger. In diesem Zusammenhang wurden durch den Hauptkostenträger eine wesentliche Anforderung an den Neubau gestellt: dieser soll in Holzbauweise errichtet werden, sodass staatliche Fördermittel im Rahmen der Maßnahmenfinanzierung durch Bauträger und Kommune beantragt werden können. Weitere bauliche Anforderungen ergeben sich aus der Nutzungsform als Kita (ausreichende sanitäre Einrichtungen für Kinder und Erwachsene, Anforderungen der Barrierefreiheit, Anforderungen des Brandschutzes, geeignete Beschaffenheit von Böden und Wänden usw.). Terminliche Meilensteine: Beauftragung: umgehend nach Verfahrensende Stellung ELR-Antrag: bis spätestens 30.09.2026 (Grundlage abgeschlossene LPH 2) Stellung Antrag Ausgleichsstock: bis spätestens 31.01.2027 (Grundlage abgeschlossene LPH 3) Ausschreibungsbeginn nach Zugang Fömi-Bescheid: vorr. 08/2027 Leistungsende: bis ca. 09/2029
Kennung des Verfahrens: 10f795b1-ce03-4bb2-a23f-de00523d1bd8
Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kolpingstraße 1

Stadt: Neudenau

Postleitzahl: 74861

Land, Gliederung (NUTS): Heilbronn, Landkreis (DE118)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: - Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis

126 GWB. - Der Bieter hat per Eigenerklärung anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§

123,124 GWB vorliegen. - Eigenerklärung zum Mindestlohn (MiLoG) - Eigenerklärung zur

Vermeidung von Interessenskonflikten (§6 VgV) - Eigenerklärung zu Russlandsanktionen; 5.

EU-Sanktionspaket (BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022) - Eigenerklärung zur

Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen (§73 Abs. 3 VgV) - Eigenerklärung

über Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV): Gefordert wird eine

Berufshaftpflichtversicherung mit 1.000.000 EUR Deckungssumme für Personenschäden und

1.000.000 EUR Deckungssumme für Sachschäden mit Nachweis der Maximierung der

Ersatzleistungen auf mind. das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr. Für den

Zeitraum der Bewerbungsphase ist eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, welche

die geforderte Deckungssumme im Auftragsfall zusichert. Im Auftragsfall muss die

entsprechende Haftpflichtpolice vorgelegt werden. - Eigenerklärung zur Befähigung und

Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV): Bestätigung, dass mindestens ein

Inhaber oder eine Führungskraft des Unternehmens Mitglied der Ingenieurkammer ist oder

eine entsprechende Qualifikation besitzt (Mindestbedingung Dipl.-Ing. / Master Fachrichtung

Elektrotechnik oder vergleichbares). ALTERNATIV: Techniker mit mindestens 10 Jahren

praktischer Planungserfahrung.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung und Erweiterung Kindergarten St. Josef in Neudenau-Herbolzheim

Beschreibung: - Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI, Anlagengruppen 4 +

5, LPH 1 - 9 - optional Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI, AG 7 - PV-

Anlage, LPH 1 - 9 Die Beauftragung der Leistungsphasen erfolgt stufenweise: - Stufe 1: LPH 1

- 4 - Stufe 2: LPH 5 - 7 - Stufe 3: LPH 8 + 9

Interne Kennung: LOT-0001 2611.3_ELT

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Optionale Beauftragung der Anlagengruppe 7 - PV-Anlage, LPH 1 - 9 , stufenweise: Die Beauftragung der Option erfolgt, sofern die weitere Planung die Erfordernis aufzeigt.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kolpingstraße 1

Stadt: Neudenuau

Postleitzahl: 74861

Land, Gliederung (NUTS): Heilbronn, Landkreis (DE118)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/08/2026

Enddatum der Laufzeit: 01/09/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 45 Abs. 1 Nr. 1 und § 46 Abs. 3 Nr. 1 + 8 VgV - Anzahl Beschäftigte - Ausschlusskriterium: Durchschnittliche Zahl der Angestellten technischen Beschäftigten (m/w/d) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren im Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistungen; Teilzeitbeschäftigte können entsprechend ihrer Teilzeit angerechnet werden (Bei Bergwerkgemeinschaften: Summe der Beschäftigten): muss ≥ 2 sein, ansonsten erfolgt der Ausschluss.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 45 Abs. 1 Nr. 1 und § 46 Abs. 3 Nr. 1 + 8 VgV - Referenzprojekt Unternehmen - Ausschlusskriterium: Eigenerklärung zu einem Unternehmensreferenzprojekt im Hochbau mit vergleichbarer Aufgabenstellung und Planungsanforderung, bei denen die Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI 2021 für die Anlagengruppen 4 + 5 unter Beachtung der deutschen Richtlinien, Regelwerke und Rechtsvorschriften bzw. vergleichbarer ausländischer Regelungen erbracht wurde. Bewertungsgrundlage sind die im Weiteren zu machenden Angaben in diesem Tabellenblatt sowie eine zum Referenzprojekt zu erstellende Referenzpräsentation. Diese Referenzpräsentation muss prüfbare Angaben zu allen im Folgenden genannten Mindestbedingungen und Projektmerkmalen sowie zum Ansprechpartner des Auftraggebers inklusive Kontaktdaten enthalten. Mindestbedingungen je Referenzprojekt: - Inbetriebnahme des Projekts ab dem 01.01.2020 und vor Einreichungsfrist dieser Angebotsunterlage. - Die

Anlagengruppen 4 + 5 müssen jeweils mindestens in die Honorarzone II gemäß Anlage 15.2 HOAI eingeordnet sein. - Anrechenbare Kosten KG 410+450 >= 100.000 € netto. - Abgeschlossene Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8 gemäß § 55 HOAI jeweils für die AG 4 + 5. - Das Referenzprojekt war das eines öffentlichen Auftraggebers (öAG gemäß § 99 GWB) bzw. die Realisierung des Projekts erfolgte unter Beachtung des öffentlichen Bau- und Vergaberechts.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Erfahrung der Projektverantwortlichen - Persönliche Referenzen Projektleiter für Fachplanung Technische Ausrüstung AG 4 + 5

Beschreibung: § 127 GWB i. V. m. § 58 Abs. 2 Nr. 2 - Persönliche Referenzen Projektleiter für Fachplanung Technische Ausrüstung AG 4 + 5: Eigenerklärung zu maximal 2 persönlichen Referenzen des Projektleiters im Hochbau mit vergleichbarer Aufgabenstellung und Planungsanforderung, bei denen dieser die Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI für die Anlagengruppen 4 + 5 unter Beachtung der deutschen Richtlinien, Regelwerke und Rechtsvorschriften bzw. vergleichbarer ausländischer Regelungen erbracht hat.

Bewertungsgrundlage sind die im Weiteren zu machenden Angaben in diesem Tabellenblatt sowie eine zu jedem Referenzprojekt zu erstellende Referenzpräsentation (max. 2 DIN A4-Seiten je Referenzprojekt). Diese Referenzpräsentationen müssen prüfbare Angaben zu allen im Folgenden genannten Mindestbedingungen und Projektmerkmalen sowie zum Ansprechpartner des Auftraggebers inklusive Kontaktdaten enthalten. Mindestbedingungen je Referenzprojekt: - Die Referenz 1 ist ein Neu- oder Erweiterungsbau. Alle im Weiteren zu machenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Neu- oder Erweiterungsanteil der Maßnahme. - Die Referenz 2 ist eine Sanierung. Alle im Weiteren zu machenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Sanierungsanteil der Maßnahme. - Die Anlagengruppen 4 + 5 beider Referenzprojekte müssen jeweils mindestens in die Honorarzone II gemäß Anlage 15.2 HOAI eingeordnet sein. - Mindestens eines der Referenzprojekte war das eines öffentlichen Auftraggebers (öAG gemäß § 99 GWB) bzw. die Realisierung des Projekts erfolgte unter Beachtung des öffentlichen Bau- und Vergaberechts. Bewertungsmatrix für Projektmerkmale je Referenzprojekt: - Anrechenbare Kosten KG 440 + 450 in €, netto: >= 100.000 € = 200 Punkte / < 100.000 und >= 50.000 € = 100 Punkte / < 50.000 € = 0 Punkte. - Jeweils abgeschlossene Leistungsphasen 1 - 3 + 5 - 8 gemäß § 55 HOAI für die AG4 = 100 Punkte; AG5 = 100 Punkte. (Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte je Anlagengruppe um die Punkte wie folgt reduziert: LPH 1: 2 Punkte, LPH 2: 9 Punkte, LPH 3: 17 Punkte, LPH 5: 23 Punkte, LPH 6: 7 Punkte, LPH 7: 5 Punkte, LPH 8: 37 Punkte). - Inbetriebnahme: ab dem 01.01.2020 = 200 Punkte / bis 31.12.2019 oder noch nicht in Betrieb = 100 Punkte.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 1 200

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebot

Beschreibung: Die maximale Punktzahl von 514 Punkten für das Zuschlagskriterium E.2 erhält das Honorarangebot mit dem niedrigsten Gesamthonorar. Die weiteren Honorarangebote werden zum niedrigsten Honorarangebot ins Verhältnis gesetzt und mit der Maximalpunktzahl multipliziert: Die Punktzahl für das Honorarangebot errechnet sich gemäß folgender Formel: $Z_{\text{Honorar}} = 514 \cdot \frac{P_{\text{Bestangebot}}}{P_{\text{Angebot}}}$ Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl (auf der zweiten Kommastelle) erteilt. Bei Punktgleichheit wird der

Zuschlag auf das Angebot mit dem niedrigsten Honorarangebot erteilt. Sollte auch das Honorar gleich sein, wird gelost.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 514

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E44354226>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Ab 30.000 € Auftragswert: Abfrage über Eintragungen in das Wettbewerbsregister.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E44354226>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 12/06/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 182 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die vollständigen Angebotsunterlagen sind als ein Gesamt-pdf-Dokument wie auch als Excel-Datei einzureichen. Die Referenzpräsentationen sind als separate pdf-Datei einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, dass nur die in den Vorlagen eingetragenen Angaben und die geforderten Anlagen gewertet werden. Zusätzlich gelieferte bzw. nicht geforderte Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 56 Abs 3 VgV die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen ist. Zu diesen Unterlagen gehören auch die Projektdarstellungen der Referenzprojekte!

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 12/06/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. In den Bewerbungsunterlagen sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter

Vertreter zu benennen. Im Falle der Angebotslegung wird die Bewerbergemeinschaft zur Bietergemeinschaft. Im Falle der Zuschlagserteilung wird die Bietergemeinschaft als Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischen Haftung tätig.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der aktuell gültigen Fassung. Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf §160 GWB verwiesen. Dieser lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein; (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht; (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß §134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Röm.-kath. Kirchengemeinde St. Maria Mosbach-Neckarelz KdöR

Registrierungsnummer: DE438221714

Postanschrift: Kirchgasse 5

Stadt: Obrigheim

Postleitzahl: 74847

Land, Gliederung (NUTS): Neckar-Odenwald-Kreis (DE127)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Klotz und Partner GmbH - Frau Hessinger-Rupp

E-Mail: info@vst-obrigheim.de
Telefon: +49 62 61 97 19 10
Internetadresse: <https://vst-obrigheim.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium
Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Abteilung: Referat 15

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Referat 15

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internetadresse: <https://www.rp-karlsruhe.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

e20ae0a6-0e8c-459d-b5ab-621ed543753c-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

Beschreibung der Änderungen: 5.1.9. Eignungskriterien / Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen: ALT: Die Abgeschlossene Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 9 gemäß § 55 HOAI müssen jeweils für die AG 4 + 5 erbracht worden sein. NEU: Die

Abgeschlossene Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8 gemäß § 55 HOAI müssen jeweils für die AG 4 + 5 erbracht worden sein.

Änderung der Auftragsunterlagen am: 18/05/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8542d750-e544-4ed8-98ad-54a6132bb83e - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/05/2026 12:31:08 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 343718-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 96/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/05/2026